

## **Antrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

### **Task Force „Hilfe zur Pflege“**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine Task Force „Hilfe zur Pflege“ einzurichten, um die Bezirke bei der Bearbeitung von Altfällen zur Beantragung von Hilfen zur Pflege nach SGB XII zu unterstützen, Belastungsspitzen bis zur landesweiten Implementierung funktionsfähiger digitalisierter Fachverfahren auszugleichen und perspektivisch landesweit angemessene Bearbeitungszeiten von höchstens zwei Monaten bis zum rechtsgültigen Bescheid zu ermöglichen.

Vorbild soll hier der Pool für Springer\*innen für die Berliner Bürgerämter sein. Zu prüfen ist dabei, ob die Beschäftigten des Pools auch ämterübergreifend eingesetzt werden können, um gerade in Zeiten von Bearbeitungsspitzen oder bei erhöhten Personalfluktuationen gerade für die so wichtigen Bürgerdienstleistungen konstant zuverlässige Bearbeitungszeiten sicherzustellen. Der Pool für Springer\*innen soll auch durch die Erfahrungen der Task Force „Hilfe zur Pflege“ weiterentwickelt werden.

Die Task Force soll zunächst zu einem festgelegten Stichtag eine Bedarfsabfrage bei allen Bezirken durchführen und anschließend mit der Altfallbearbeitung beginnen. Zur reibungslosen Zusammenarbeit mit den Bezirken soll insbesondere beim ersten zu unterstützenden Bezirk durch ein Matchingverfahren sichergestellt werden, dass die Ressourcen der Task Force an den bezirklichen Bedarfen ausgerichtet sind.

Dem Abgeordnetenhaus ist 31. Dezember 2024 und danach alle sechs Monate zu berichten.

### ***Begründung***

Die Hilfe zur Pflege nach SGB XII ist eine Sozialhilfeleistung für Pflegebedürftige mit geringem Vermögen und Einkommen, deren zügige Auszahlung für Berechtigte wichtig, teilweise überlebenswichtig ist. Aktuelle Zahlen der Berliner Bezirksamter zeigen, dass die Bearbeitungsdauer von Anträgen je nach Bezirk höchst unterschiedlich ist und in einigen Bezirken bis zu einem Jahr beträgt. Teilweise sind Bezirke nicht imstande, verlässliche Daten zur Bearbeitungsdauer von Anträgen zu liefern, was zumindest auf unübersichtliche Zustände in den Behörden schließen lässt.

Am 09.04.2024 hat eine Anhörung im Abgeordnetenhaus von Berlin ergeben, dass die Zustände speziell im Bezirksamt Pankow für die Beschäftigten, für Antragstellende und deren Angehörige sowie für das Gesamtbild der Berliner Verwaltung nicht tragbar sind. Es muss allerdings davon ausgegangen werden, dass der Bezirk Pankow hier keinen Einzelfall darstellt. Eine funktionierende Unterstützungs- oder Koordinierungsstruktur durch die Hauptverwaltung im Sinne einer Übernahme gesamtstädtischer Verantwortung durch den Senat existiert aktuell unter Verweis auf die Zuständigkeitsverteilung nicht.

Eine Task Force „Hilfe zur Pflege“ soll eingerichtet werden, um diese Missstände möglichst unbürokratisch und zeitnah im Sinne der Antragstellenden aufzulösen.

Berlin, den 12.06.24

Jarasch      Graf      Gebel      Kurt  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

Helm      Schatz      Breitenbach  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke